Abendblatt.

Vom Tage

Das preussische Staatsministerium ist am Montag zu einer Sitzung zusammengetreten.

Das am Sonntag unter dem Kommando des Konteradmirals Scheremann in Kiel zusammengetretene Lehrgeschwader ist am Montag früh zu einer mehrtägigen Übungszugreise in der Ostsee ausgelaufen.

Im bayerischen Landtagswahlkreis Amberg ist jetzt als Zentrumskandidat Landgerichtsdirektor Bauer aufgestellt worden. Die Amberger Zentrumsarbeiter hatten, wie erwähnt, ursprünglich einen eigenen Kandidaten aufgestellt und sich erst nach längeren Verhandlungen bereit erklärt, für einen Zentrumskandidaten einzutreten, wenn die aufgestellte erste Kandidatur, mit der sie nicht einverstanden waren, zurückgezogen werde.

Der Zentralverband Deutscher Industrieller wird aus Anlaß der Deutschen Werkbund-Ausstellung in Köln dort seine diesjährige Frühjahrsversammlung abhalten. Es ist eine Versammlung der Delegierten für Freitag, den 5. Juni, in Aussicht genommen worden, der eine Sitzung des Ausschusses des Zentralverbandes und des Direktorkollegiums am Tage zuvor vorausgehen wird.

In einer dieser Tage in Frankfurt a. M. abgehaltenen Sitzung des Ausschusses der rechtsstehenden Parteien in dessen Sitzung wurde u. a. mitgeteilt, daß die Verhandlungen mit der national-liberalen Partei wegen eines Zusammengehens bei den Landtagswahlen im Herbst auf der Grundlage des seit heren Besitzstandes zu keinem Ergebnis geführt haben. Der Ausschuß nahm hiervon mit Bedauern Kenntnis und erklärte einstimmig ein Abkommen lediglich für einzelne Wahlkreise für ausgeschlossen.

Nach einer Meldung der amtlichen „Leipziger Zeitung“ ist die Reise des Kronprinzen nach Afrika endgültig auf den Frühling des nächsten Jahres verschoben worden.

Erhaltung deutschen Besitzes.

Zu der Meldung, daß das Rittergut Schierau im Kreis Posen-West, das an einen Polen verkauft worden war, durch Eingreifen des Präsidenten der Ansiedlungskommission deutschem Besitz erhalten worden ist, erfahren wir noch: Der Bevollmächtigte von Frau Hedwig Souanne, die kurzzeitig in Gardone weilte, hatte den Verkauf in dem Glauben abgeschlossen, daß Herr Brunner, der sein Gut Parshanic an die Ansiedlungskommission verkauft hat, ein Deutscher sei, um so mehr, als Brunner ohne Bedenken die Polenklause in dem Kaufvertrage mit unterschrieb, daß Schierau nicht in polnische Hände übergehen dürfe. Als sich dann herausstellte, daß Brunner tatsächlich ein Pole ist, erklärte die Besitzerin den Kaufvertrag wegen Täuschung für ungültig und bewirkte am Montag die gerichtliche Auflassung von Schierau an die Ansiedlungskommission. Es ist noch nicht bekannt, ob Herr Brunner sich auf einen für ihn jedenfalls sehr zweifelhaften Prozeß einlassen wird. Die Mitteilung, daß im äußersten Falle das Enteignungsverfahren eingeleitet werden solle, trifft nicht zu, da diese Frage bisher noch gar nicht in Erwägung gezogen worden ist.

Die Affäre Abrech-Harder.

Die Mannheimer „Neue Badische Landeszeitung“ teilt folgende Einzelheiten aus der gerichtlichen Begründung der Haftentlassung des Abg. Abrech mit, aus denen zugleich weitere Einzelheiten der Affäre bekannt gegeben werden:

Artikel 7 § 20 der bayerischen Verfassungsurkunde und des § 6 Absatz 2 Ziffer 1 des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung sind durch die Verhaftung des Angeklagten nicht verletzt worden; es haben demnach staatsrechtliche Gründe zur Aufhebung des Haftbefehls nicht geführt. Er wurde vielmehr aufgehoben, da nach dem gegenwärtigen Stand des Verfahrens dringende Verdachtsgründe für das Vorliegen einer strafbaren Handlung nicht gegeben sind. Es bestehen zurzeit keine hinreichenden Beweise, daß der Abtretungsvertrag vom 27./28. Januar 1890 über die Zubehörs-Erbföhrung zwischen Abrech und Herrn von Harder nur zum Schein abgeschlossen wurde. Für eine Scheinnatur des Vertrages läme höchstens in Betracht, daß Abrech Herrn von Harder die Einziehung des Nachlasses in vollem Umfange in den Jahren 1890 bis 1895 überließ und dann mehr als zehn Jahre vergehen ließ, ohne die Herausgabe des Nachlasses zu betreiben. Gegen die von Harder behauptete Scheinnatur des Vertrages spricht, daß Rechtsanwalt von Harder, als ihm der Vertrag in dem Rechtsstreite gegen die Oberheinische Bank vorgelegt wurde, und auch in den folgenden Jahren bis 1914 überhaupt die Scheinnatur des Vertrages nicht geltend gemacht hat. Er hat vielmehr durch die notariell beglaubigte Erklärung vom 12. Februar 1910 den Vertrag ausdrücklich anerkannt und mit notariell beglaubigter Unterschrift erklärt, daß er Abrech aus diesem Vertrage 2 1/2 Millionen schulde. Harder hat den Abtretungsvertrag außerdem wiederholt anerkannt in den Urkunden vom 12. Juli 1911 und 5. Juli 1912. Es kann daher nicht angenommen werden, daß Herr von Harder, der Jurist ist und als Rechtsanwalt für sich und andere an vielen Rechtsgeschäften Anteil gehabt hat, bei der Abgabe dieser Erklärungen die Scheinnatur des Vertrages nicht erinnert hätte.

Für einen Betrug zum Nachteil des Herrn von Harder liegen demnach keine Beweise vor. Was nun den Betrug zum Nachteil der Frau von Harder anlangt, so könnte derselbe nur gegeben sein, wenn der Abtretungsvertrag vom 27. und 28. Januar 1890 ein Scheinvertrag gewesen wäre. Ist dieser aber ein ernstgemeinter Vertrag, dann könnte ein Betrug an Frau von Harder nur noch in Betracht kommen, wenn diese durch Vorspiegelung falscher Tatsachen bestimmt worden wäre, die Urkunde vom 12. Februar 1910, durch die sie die von ihrem Vater anerkannte Schuld von 2 1/2 Millionen Mark übernahm, zu unterzeichnen. Eine solche Feststellung hält das Gericht nicht für gegeben. Es spricht gegen einen Betrug, daß Frau von Harder in Gegenwart ihres Vaters die von ihrem Vater

selbst verfaßte Urkunde unterzeichnet hat. Der Tatbestand des Betruges konnte gleichfalls deshalb nicht festgestellt werden, da die Urkunden vom 12. Juli 1911 und 5. Juni 1912, durch welche sich Frau von Harder mit ihrem Vater verpflichtete, ihr Gut in Argentinien Herrn Abrech für 2 Millionen Mark zu übereignen, die an der Forderung des Herrn Abrech an Herrn von Harder abgerechnet werden sollten, unter dem Weistand und auf Anraten des Vaters der Frau von Harder zustande gekommen sind. Eine Ausbeutung des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit der Frau von Harder kann deshalb nicht angenommen werden. Weder sie noch ihr Vater befanden sich in einer Notlage. Das Gericht kommt aus diesen Gründen zu der Überzeugung, daß eine weitere Verlängerung der Untersuchungshaft nicht gerechtfertigt wäre.

Wie weiter aus Mannheim gemeldet wird, hat der Abgeordnete Abrech den Professor Voethling in Karlsruhe, von dem die ersten Veröffentlichungen in der Affäre ausgingen, wegen Verleumdung verklagt. Dieser Prozeß wird dadurch besonders interessant, daß der Rechtsanwalt Alexander von Harder, der sich von Abrech betrogen glaubt, als Zeuge vor Gericht eidliche Aussagen über den Tatbestand, von dem er glaubt, daß er einen Betrug darstellt, zu machen hat. Das Streitobjekt ist angeblich eine Summe von insgesamt 13 Millionen Mark.

Graf Cisca über den Dreibund.

Der telegraphisch erwähnte Artikel, den der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza in der Wochenschrift „Szajmondo“ unter dem Titel „Der Deutsche Kaiser in Wien“ veröffentlicht hat, lautet folgendermaßen:

Der jüngste Besuch Kaiser Wilhelms in Wien ist ein neuerlicher Beweis dessen, daß der von den beiden Großmächten vor vierzig Jahren geschlossene Bund auch heute unerschütterlich feststeht. Dieser Besuch kam gerade jetzt gelegen, da bald hier, bald dort beunruhigende Wolken am europäischen Horizont sich zeigten.

Die Spuren der kriegerischen Ereignisse des vergangenen Jahres leben noch in den Seelen der Völker. Die Wunden, die sie einander geschlagen haben, schmerzen noch, die Affekte und Leidenschaften brechen noch dann und wann aus, größere und kleinere Zusammenstöße und Verwicklungen folgen aufeinander, lauter Gefahren für den Frieden Europas. Wenn je, so ist es für die Ruhe und die Entwicklung unseres Erdteiles jetzt eine Lebensfrage, daß der Dreibund, der die ganze Kraft Deutschlands, Österreich-Ungarns und Italiens, das Gewicht von 1150 Millionen in der Mitte Europas auf zumhängendem Gebiete wohnender Menschen im Dienste des Friedens vereinigt, ungeachtet bestehen bleibe.

Ein großer Segen war dieser Bund schon zur Zeit, da er geschlossen wurde. Und heute ist er notwendig, denn wir haben sich doch nach der Niederwerfung der Türkei die Symptome und Befürchtungen nur vermehrt, die die ganze Welt leicht in Brand steden könnten, wenn das Dasein des Dreibundes jeden derartigen Versuch nicht hoffnungslos machen würde.

Die Bevölkerung, und im Zusammenhang damit die Armeen Deutschlands, nehmen von Jahr zu Jahr an zahlenmäßiger Stärke zu. Die Bevölkerungsziffer Frankreichs hingegen bleibt ungefähr konstant. Zur Zeit des großen deutsch-französischen Krieges im Jahre 1870 übertraf die Bevölkerung Deutschlands kaum die Frankreichs, und in den ersten Jahren nach dem Kriege hätte Deutschland seiner ganzen militärischen Kraft bedurft, um einen französischen Nachkriegserfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen zu können. Seither gestaltet sich die Lage von Jahrzehnt zu Jahrzehnt für Deutschland günstiger. Heute stehen 65 Millionen Deutschen nur 38 Millionen Franzosen gegenüber, und nach menschlicher Berechnung wird Deutschland seinen alten Feind in der Zukunft an völkischer und militärischer Kraft immer mehr überflügeln.

Was folgt hieraus? Heute genügen schon drei fünftelteile der Bevölkerung, also der militärischen Kraft Deutschlands, um Frankreich das Gegengewicht zu halten. Ungefähr zwei fünftelteile der deutschen Wehrkraft stehen zur Verfügung, um im Falle eines großen Weltkrieges im Osten Europas in die Waagschale geworfen zu werden.

Wir würden gewiß eine überflüssige Arbeit verrichten, wollten wir es beweisen, wie wichtig dies für unsere Interessen ist. Deutschland will sich ebensowenig ausbreiten wie die österreichisch-ungarische Monarchie; seine Intentionen sind genau so friedlich wie die unrigen; die Vermehrung seiner Macht bedroht niemanden, denn sie dient nur dem Frieden. Wir sichern also den Frieden, wenn wir unsere Kraft mit der Kraft Deutschlands vereinen.

Unser Bündnis sichert Deutschland gegen den zweifachen Angriff des französischen und russischen Reiches, und sichert auch uns, denn sollte vielleicht einmal die Expansionsjucht des russischen Reiches uns bedrohen, würden wir in diesem Kriege auf die Hilfe fast der Hälfte der deutschen Armee rechnen können.

Dieses Bündnis ist also das gleichmäßige Interesse von uns beiden, und es ist wahrhaftig unverstänlich, daß sich Ungarn finden, die dies gerade jetzt bemängeln, wo dies Bündnis doch dem europäischen Frieden und der ungarischen Nation größere Dienste leistet denn je. Es ist wahr, die ernteren, gebildeteren Führer der Opposition: Julius Andrássy, Albert Apponyi zeigen sich auch heute als Freunde des Dreibundes. Ihre Reden bilden die beredte Verteidigung dieser Politik. Um so eigentümlicher ist es, daß sich in den Reihen der Opposition so manche finden, die das gerade Gegenteil dieser Politik verkünden.

Graf Tisza legt zum Schlusse eingehend dar, wie widersinnig das Verhalten eines Teiles der ungarischen Opposition ist, die durch eine künstliche dreibundfeindliche Haltung der Regierung Schwierigkeiten zu machen sucht. Der Artikel dürfte, wie schon erwähnt, der Niederschlag der langen Unterredung des Grafen Tisza mit Kaiser Wilhelm sein.

(M.-B.-Bl.) Personalveränderungen. Königlich Preussische Armee. 25. März. Abte. Major v. Stabe Inf.-Regt. 99, zum Stabe Inf.-Regt. 58 vers. - 26. März. Oberst, Oberstl. und Leutnant an der Feldart.-Schule, a. Dienstl. bei d. Art.-Prüf.-Komm. kommt.

Schlesien.

52. Provinzial-Landtag.

Der Provinziallandtag stimmte in seiner heutigen Sitzung der finanziellen Beteiligung des Provinzialverbandes an der zu errichtenden Elektrizitätszentrale für den nördlichen und westlichen Teil Oberschlesiens und angrenzende Teile Mittelschlesiens zu. Der Antrag war von dem Landrat Thilo in Grottkau an den Provinziallandtag gestellt worden. Die Vorgeschichte dieses Unternehmens, über das wiederholt in der Schlei. Zeitung berichtet wurde, ist noch jung.

Am 12. Dezember vorigen Jahres hat in Oppeln unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten im Beisein des Landeshauptmanns und von Vertretern der Oberstrombauverwaltung eine Konferenz stattgefunden, in welcher nach Erörterung der im Anschluß an den Bau des Staubeckens in Dittmichau in der Glaser Meißer zur Erzeugung von Elektrizität freierwerbenden Wasserkräfte und des Elektrizitätsbedürfnisses des nördlichen und westlichen Teils von Oberschlesien von Vertretern von 14 Stadt- und Landkreisen beschloffen wurde: „Die Konferenzteilnehmer erklären sich mit der Bildung eines Ausschusses zur Prüfung der Elektrizitätsversorgung des westlichen und nördlichen Teiles des Regierungsbezirks Oppeln und des Kreises Münsterberg durch überlandzentralen einverstanden. Der Ausschuß wird ermächtigt, die Vorarbeiten für Organisation und Finanzierung dieser, auf gemeinnütziger Grundlage beruhenden Unternehmungen und zur Gewinnung der erforderlichen Unterlagen über den voraussichtlichen Bedarf an elektrischer Energie und ihres Preises zu beschaffen. Die durch die Vorarbeiten des Ausschusses entstehenden Kosten sollen durch Beiträge der beteiligten Kommunalverbände bis zur Höhe von je 500 Mark aufgebracht werden.“

In den Verhandlungen kam zum Ausdruck, daß die in Dittmichau erzeugten Kräfte bei weitem nicht ausreichten, um so ein weiteres Gebiet mit Elektrizität zu versorgen, und daß es daher nötig sei, ein Elektrizitätswerk auf Kohlen zu errichten, welches durch die später hinzutretenden Wasserkräfte an der Meißer event. auch an der Oder ihre Unterfützung in dem westlichen Teile des Gebietes erfahren solle. In Aussicht genommen wurde ferner ein Zusammenschluß der Kreise zu einem Unternehmen auf kommunaler Basis unter Ausschluß der elektrischen Privatindustrie, ein Unternehmen, an dem sämtliche Mitglieder sich mit Kapital beteiligen und ihren Kredit einbringen, während an dessen Gewinn alle nach Maßgabe ihrer Beteiligung Anteil haben sollen. Das Unternehmen soll ein gemeinnütziges in dem Sinne sein, daß der Anschluß sämtlicher im Bereiche der angeschlossenen Kreise liegenden Ortschaften nach gleichen Grundstücken und ohne die Abficht der Erzielung von der normale Verzinsung und Amortisation der aufzuwendenden Kapitalien wesentlicher übersteigendem Gewinn auf dahingehenden Wunsch der Interessenten erfolgen soll. Schließlich soll das neue Unternehmen die Ausdehnung der den Norden und Südosten der Provinz beherrschenden elektrischen Großindustrie auf einem weiteren großen Teil der Provinz vornehmen, da sie die Gefahr eines Monopols in sich birgt. Die von dem von den beteiligten Kreisen gewählten Ausschüsse im März d. J. begonnenen Vorarbeiten, die die genauere Feststellung des Elektrizitätsbedarfs und der Rentabilität des Unternehmens zum Ziele haben, sollen im Juni d. J. beendet sein und es besteht die begründete Hoffnung, daß dann alsbald die Gründung einer Aktiengesellschaft vollzogen und nach Aufstellung eines Projekts mit dem Bau, der neben dem Elektrizitätswerk auch den Ausbau der Leitungsnetze bis zur Ortszentren umfassen soll, noch in diesem Jahre begonnen werden soll.

Nachdem die Provinz im Anschluß an den Bau von Talsperren für einen großen Teil Niederschlesiens die Erzeugung und die Zuführung der Elektrizität ohne finanzielle Beteiligung der Kreise mit Erfolg übernommen hat, und einen Teil von Mittelschlesien unter Beteiligung der Kreise aus der Weistrichtalsperre mit Elektrizität zu versorgen im Begriff ist, wurde mit Recht angenommen, daß es nicht mehr als billig sei, wenn die Provinz auch das neue kommunale Unternehmen unterstütze. Die Kommission hat sich auch auf diesen Standpunkt gestellt und empfahl durch ihren Berichterstatter Landrat Geheimen Regierungsrat von Hausenfeld (Cofel) die Annahme des Antrages. Es wurde dementsprechend einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

Der Provinziallandtag erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, daß seitens des Provinzialverbandes eine finanzielle Beteiligung an einem eine größere Zahl von Kreisen aus dem nördlichen und westlichen Teile des Regierungsbezirks Oppeln und einige daran angrenzende Kreise des Regierungsbezirks Breslau umfassenden, auf gemeinnütziger, kommunaler Grundlage errichteten und betriebenen elektrischen Krafterzeugungsunternehmen einschließlich der Verteilungsnetze eintreffe. Der Provinzialauschluß wird ermächtigt, die erforderlichen Verhandlungen mit dem bevollmächtigten Ausschusse der Vertreter der beteiligten Kreise zu führen und die Höhe und Form der Beteiligung des Provinzialverbandes an dem Unternehmen festzusetzen. Bei den Verhandlungen ist davon auszugehen, daß eine angemessene Verzinsung der aufzuwendenden Kapitalien zu erwarten ist, und daß der Provinzialverband an den Einnahmen in gleicher Weise und nach denselben Grundsätzen wie die anderen Interessenten beteiligt wird. Außerdem ist dem Provinzialverband bei der Errichtung und Verwaltung des Werkes ein entsprechender Einfluß zu gewährleisten.

Der Verkauf eines Grundstücks zwischen der Menzelstraße und der Kirchallee in Breslau zur Neuerrichtung der Provinzialhebammenanstalt und Frauenklinik hat die einstimmige Genehmigung der Kommission gefunden, und auch der Landtag genehmigte nach dem Vortrage des Bürgermeisters Dr. Trentin (Breslau), der besonders den billigen Preis hervorhob, den Verkauf einstimmig.

Als Kaufpreis waren zunächst 15 Mark für das Quadratmeter gefordert worden, doch ist schließlich nach längeren Verhandlungen